

Stellungnahme der Gemeinderatsfraktion Grüne Liste Mensch & Umwelt zum Haushaltsplan 2017

Sehr geehrter Frau Bürgermeisterin Schwaderer, sehr geehrte Damen und Herren,
auch in diesem Jahr gilt unser Dank zunächst Herrn Mogler, Herrn Hübner und allen Mitarbeitern für die übersichtliche Aufbereitung der Haushaltsdaten.

In gewohnter Weise hat Herr Mogler die zugehörigen Zahlen und Fakten ausführlich und gut nachvollziehbar dargelegt. Ich möchte auf die Aufzählung der im Haushaltsplan abgedruckten Zahlen verzichten. Das Wichtigste war auch bereits in den Möglinger Nachrichten vom 23. Februar in der Rede von Herrn Mogler nachzulesen.

Ich möchte nur so viel dazu sagen: „Die finanzielle Lage der Gemeinde ist ernst, aber nicht hoffnungslos!“ Wir sehen, trotz angespannter Finanzlage noch Spielraum für weitere Zukunftsprojekte.

Frau Bürgermeisterin Schwaderer hat in ihrer Rede zur Haushaltseinbringung die Eckpunkte der Gemeindeentwicklung, sowohl für das vergangene, als auch für die zukünftigen Jahre dargelegt. Viele ihrer Positionen begrüßen wir. Die konsequente Abarbeitung der von ihr angekündigten Vorhaben unterstützen wir und finden unsere Zustimmung. Nach der Gemeinderatsklausur im vergangenen November werden nun die Bürgerinnen und Bürger in die Entwicklung der Zielrichtung des Gemeindeentwicklungsplanes eingebunden. Momentan läuft die Befragung der Bürgerinnen und Bürger durch unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten. Wir sind auf die Ergebnisse gespannt!

An dieser Stelle möchte ich es nicht versäumen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde Möglingen für ihre geleistete Arbeit zu danken. Insbesondere auch im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes. Gerade in diesem Bereich ist in den letzten Monaten großes Engagement und Flexibilität von ihnen abverlangt worden und wird auch weiterhin erforderlich sein. Für die Bereitschaft sich diesen Herausforderungen zu stellen danken wir allen Betroffenen.

Damit sind wir schon bei einem sehr wichtigen Punkt angelangt, bei den Betreuungseinrichtungen für unsere Jüngsten. Möglingen ist für viele Familien ein attraktiver Wohnort, qualitativ gute und quantitativ ausreichende, verlässliche Betreuungsangebote sind wichtig.

Das Betreuungsangebot in Möglingen ist vielfältig, die Naturgruppe soll im Mai starten, darüber freuen wir uns. Weitere kurzfristige Maßnahmen wurden

ergriffen, so z.B. die Interimslösung im ev. Gemeindehaus. Trotz weiterer Bemühungen das Betreuungsangebot auszubauen haben sich Engpässe ergeben.

Der Bau eines weiteren Kindergartens wird wohl erforderlich. Wir sehen den Bedarf und werden uns hier nicht unserer Verantwortung entziehen, meinen aber, dass noch Beratungsbedarf für die Schaffung von Betreuungsplätzen im Gremium besteht.

Die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen hängt auch davon ab, ob Erzieherinnen und Erzieher für die Kinderbetreuungseinrichtungen eingestellt werden können. Gerade hier gab es und wird es wohl auch weiterhin Probleme geben, die nicht an mangelnder Bereitschaft seitens der Kommune sondern am derzeitigen Stellenmarkt zu suchen sind. Die von der Verwaltung angedachten Anreize zur Personalbindung sind der richtige Weg in dieser angespannten Situation. Wir tragen diese Vorschläge mit und hoffen, dass sie auch greifen. Trotzdem ist es notwendig für den Fall des Personalmangels Maßnahmen zu ergreifen, die viel Verständnis bei den Erziehungsberechtigten erfordert, wie die zeitweise Reduzierung des Betreuungsangebotes in den Randzeiten.

Gerade die Stellen im Sozial- und Erziehungsdienst machen einen großen Anteil der Personalkosten aus, sie werden auch künftig der Anteil im VWHH sein, der am stärksten ansteigt. Eine Entwicklung, die aus unserer Sicht unerlässlich ist für die Qualitätssicherung und Verlässlichkeit im Betreuungsangebot.

Seit Jahren sehen wir, dass die Entwicklung im Wohnungsbau in einer Schieflage ist. Wir haben bereits im Jahr 2013 darauf hingewiesen und entsprechende Anträge gestellt. Zunehmend wird es schwerer in der Metropolregion Stuttgart die Nachfrage nach Mietwohnraum zu decken. Besonders betroffen sind vor allem Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind. Die Defizite durch die in den letzten Jahren mangelhafte bzw. fehlende Sozialwohnraumförderung sind nicht mehr zu übersehen. Durch die von Bund und Land aufgelegten Förderrichtlinien ist es möglich Fördermittel über das Landeswohnraumförderprogramm in Form von zinsverbilligten Darlehen oder durch einen Zuschuss zu bekommen. Dies gilt auch für Gemeinden. Bei einem gemeindeeigenen Grundstück würden sich die Baukosten durch die Landeswohnraumförderung in einem überschaubaren Bereich bewegen und die Mieteinnahmen einen großen Teil zur Kostendeckung beitragen.

Im letzten Jahr hat die Gemeindeverwaltung versucht über Anmietung die Wohnraumnot in Möglingen abzumildern. Es hat sich gezeigt, dass das Angebot bei weitem nicht die Nachfrage decken kann. Im Bereich des „bezahlbaren Wohnraums“ wurde im Gemeinderat ein Förderprogramm beschlossen, das jedoch nicht ausreicht, das Problem wirklich zu lösen. Es hat in der jetzigen Form nur Signalfunktion, um zu zeigen, dass das Problem von der Gemeindeverwaltung und vom Gemeinderat aufgegriffen wird. Auch die Verhandlungen mit Investoren einen Teil der fertig gestellten Wohnungen für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen gestaltet

sich schwierig und deckt nicht den Bedarf. Es müssen deshalb alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Wir stellen deshalb den Antrag:

Die Gemeindeverwaltung untersucht die Möglichkeit der Bebauung des gemeindeeigenen Grundstücks im Hasenkreuz mit einem Mehrfamilienhaus mit dem Ziel Mietwohnraum in eigener Regie zu erstellen. Es sollen sowohl Wohnungen mit Miet- und Belegungsbindung (sozialer Mietwohnraum) als auch Wohnungen ohne Miet- und Belegungsbindung gebaut werden. Mietwohnraum ohne Miet- und Belegungsbindung soll einerseits im Rahmen der Ende 2016 vom Gemeinderat beschlossenen Schaffung von „bezahlbarem Wohnraum“ vermietet werden. Andererseits können aber dadurch auch Wohnungen von der Gemeinde angeboten werden, um vor allem im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes einen Anreiz für eine Beschäftigungsaufnahme in der Gemeinde zu schaffen.

Durch die Bebauung des gemeindeeigenen Grundstücks könnte durch die Schaffung von Mietwohnraum sowohl mit als auch ohne Miet- und Belegungsbindung dringend benötigter Wohnraum zur Verfügung gestellt werden.

Ein Teil der Wohnungen könnte auch an Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst vermietet werden, um im Wettstreit um geeignete Fachkräfte punkten zu können. Die angedachte Unterstützung der Verwaltung bei der Wohnungssuche z.B. durch Anzeigen im Amtsblatt hilft nur dann, wenn auch Mietwohnungen zur Verfügung stehen.

Innerörtlich sind viele Bebauungsmaßnahmen umgesetzt worden, sog. Baulücken oder frei gewordene Flächen, wie das ehemalige Orisgelände, bebaut.

Nicht alle Baupläne werden bzw. wurden von den Anliegern begrüßt. Grundsätzlich ist dies aber der richtige Weg, den wir unterstützen. Wenn durch maßvolle Nachverdichtung Wohnraum geschaffen wird, kann der Eingriff in unbebaute Außenflächen, wie landwirtschaftliche Flächen, Streuobstwiesen und Grünflächen vermieden bzw. minimiert werden kann.

Im Gemeinderat werden jedoch Forderungen nach Ausweisung neuer Baugebiete für Wohnbebauung und Gewerbegebiete gestellt. Dies war auch ein Thema der Gemeinderatsklausur im November 2016.

Ausweisung neuer Bauflächen bedeutet aber immer Überbauung von landwirtschaftlichen oder ökologisch wertvollen Flächen.

Besondere Bedeutung kommt deshalb dem Landschaftsplan zu. Ein Entwurf wurde uns vorgelegt, der auch unseren Antrag für ein ökologisch ausgerichtetes Grünflächenmanagement zum Teil mit einbezieht. Der Landschaftsplan soll als Grundlage für die künftige Flächenentwicklung der Gemeinde dienen. Er enthält viele Vorschläge Flächen mit wichtiger

ökologischer Funktion zu erhalten. Diese Vorschläge müssen aus unserer Sicht aufgegriffen und daraus eine Umsetzungsstrategie entwickelt werden, die kontinuierlich und verbindlich verfolgt wird. Darauf werden wir bei Entscheidungen besonders achten.

Schon Charles Darwin (1809-1882) sagte:

„Alles was gegen die Natur ist, hat auf Dauer keinen Bestand.“

Die letzten Vogelzählungen haben einen starken Rückgang unserer heimischen Singvögel aufgezeigt. Sie sind Indikator für die rasante Abnahme der Biodiversität wie z. B. auch das massive Insektensterben. Besonders dramatisch ist vor allem das Bienensterben und die Abnahme von Wildbienenarten um bis zu 75 Prozent innerhalb von 10 Jahren (Quelle: Universität Hohenheim).

Wenn der 1962 erschienene Klassiker „Silent Spring“ – „Stummer Frühling“ – von Rachel Carson nicht Realität werden soll, darf nicht ignoriert werden, dass

durch Bebauung den Tiere und Pflanzen die notwendigen Lebensräume für ihren Erhalt entzogen werden. Der Landschaftsplan bietet eine gute Grundlage solch wertvolle Flächen vor Überbauung zu schützen. Aber auch Gartenbesitzer können im Kleinen etwas tun. Sie können dafür sorgen, dass die Lebensgrundlage an einigen Stellen für heimische Pflanzen und Tiere erhalten bleibt: Keine monotone Kirschlorbeerhecke aus dem Baumarkt, sondern Hecken mit heimischen Büschen, die Vögeln und Insekten als Nahrungsquelle dienen, kein Laubsauger sondern Laubhaufen, kein monotoner Einheitsrasen sondern Inseln mit Wildblumen, Erhalt von Bäumen, insbesondere Obstbäumen und vieles mehr.

Ausweisung neuer Baugebiete bedeutet aber auch Zunahme des Autoverkehrs.

Die Belastung der Möglinger durch den Autoverkehr ist nicht neu. Schon viele Jahre bewegt uns und den Gemeinderat dieses Thema. Die letzten Verkehrszählungen belegen, dass die Durchgangsstraßen in Möglingen stark vom Durchgangsverkehr belastet sind. Nicht nur Abgase, Bremsen- und Reifenabrieb belasten die unmittelbaren Anwohner, auch die Lärmbelastung ist immens. Dies vermindert die Lebens- und Wohnqualität der Anwohnerinnen und Anwohner und führt zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

Wir haben in den vergangenen Jahren etliche Anträge gestellt, so z.B. die Beschränkung der Geschwindigkeit auf der Hohenzollernstraße. Zumindest die Aufpflasterung des Volksbankkreises ist vom Ausschuss für Umwelt und Technik im Kreistag genehmigt worden und wird hoffentlich bald umgesetzt.

In Bereichen, in denen die Lärmbelastung die zugelassenen Grenzwerte überschreitet, soll durch Temporeduzierung eine Verbesserung für die Anwohnerinnen und Anwohner erreicht werden.

Das zurzeit in Ausarbeitung befindliche innerörtliche Radwegekonzept sieht vor, dass der Radweg entlang der besonders stark frequentierten Ludwigsburger Straße geführt werden soll. Vor allem die Einmündung in den Kreisverkehr ist für Radfahrerinnen und Radfahrer sehr problematisch. In diesem Bereich soll in ausreichendem Abstand vor dem Kreisverkehr die Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h reduziert werden um Konflikt- und Gefährdungssituationen zu vermeiden.

Die Straßenverkehrsordnung lässt laut § 45 (1c) eine solche Zonenanordnung auf Straßen mit Benutzungspflichtigem Radweg zu.

Deshalb stellen wir folgenden Antrag:

Die Gemeindeverwaltung unternimmt die notwendigen Schritte, damit eine

Tempo 30- Zonenanordnung in den Durchgangsstraßen aufgrund hoher Lärmbelastung erfolgt. Ebenso in der Ludwigsburger Straße im Bereich des im Radwegeplan vorgeschlagenen Radweges, zur Erhöhung der Sicherheit für Radfahrerinnen und

Nach den neuesten Vorstößen der Stadt Ludwigsburg frage ich mich, ob sich Möglingen für eine nicht absehbare Zeit von einer schienengebundenen Stadtbahn verabschieden muss. Nachdem nun die von Ludwigsburg eingeforderte

Kostenberechnung als Entscheidungsgrundlage vorliegt und die Niederflurbahn gegenüber der Hochflurbahn sehr gut abschneidet, hätten nun die entsprechenden Beschlüsse im GR LB gefasst werden können. Hätte! Doch auf einer Klausur des Ludwigsburger Gemeinderats am letzten Samstag wurden wieder neue Varianten auf den Tisch gelegt. Aus unserer Sicht wird rückt dadurch die Realisierung in weite Ferne. Für die Pläne der Stadt Ludwigsburg zur Reaktivierung der Strecke Markgröningen – Ludwigsburg muss der Verband Region Stuttgart (VRS) gewonnen werden. Als Vorhabenträger muss er aber erst überzeugt werden und zustimmen das Projekt weiterzuentwickeln. Ein Verfahren, das sich naturgemäß über Jahre hinziehen wird. Damit wird verhindert, dass noch 2017 die Finanzierungsanträge für eine Stadtbahn eingereicht werden könnten, ohne Fördermittel gibt es auch keine Bahn, egal in welcher Art.

Die Stadt Ludwigsburg mache es sich hier zu einfach und ignoriert die Tatsachen, wenn sie behauptet, dass in drei Jahren Schienenfahrzeuge, noch dazu mit Brennstoffzelltechnik, zwischen Markgröningen, Möglingen und Ludwigsburg fahren könnten. Ob die angekündigte Informationsveranstaltung am 31. März wirklich objektiv die Belange der betroffenen Kommunen aufgreift und nicht dazu dienen soll die Ludwigsburger Pläne zu verklären bleibt abzuwarten.

Möglingen sollte nicht auf diese Taktik eingehen. Wir Grünen fordern, dass die neu ins Spiel gebrachte Variante auf ihre zeitnahe Realisierung geprüft wird. Frau Bürgermeisterin Schwaderer sollte sich dafür einsetzen und unverzüglich mit den Bürgermeistern und der Bürgermeisterin der betroffenen Kommunen und dem Landrat das Gespräch suchen, damit die Stadtbahn Fahrt aufnehmen kann. Der Druck auf den Fördermitteltopf ist groß und andere Kommunen lassen sich nicht so viel Zeit Förderanträge zu stellen.

Die Stadtbahn begünstigt nachhaltige Mobilität, zudem leistet sie einen unverzichtbaren Beitrag Lärm- und Luftbelastung zu reduzieren.

In einer Zeit, in der der US-Präsident den Klimawandel leugnet, haben wir in Möglingen die untrüglichen Zeichen nicht ignoriert. Zwar sind es global betrachtet nur kleine Beiträge, die sich positiv auf die CO₂ - Bilanz auswirken, aber wir meinen, dass sie sich sehen lassen können. Die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf moderne, energiesparende LED-Technik ist ein Beispiel, ebenso die Einrichtung einer Solartankstelle beim Blockheizkraftwerk bei der Sonnenbrunnenhalle.

Aus unserer Sicht sollte noch eine Solarladestation für Pedelecs beim Schulzentrum eingerichtet werden.

Seit dem Ansturm von Flüchtlingen im Herbst 2015 und Frühjahr 2016 haben wir in Möglingen alle Anstrengungen unternommen eine menschenwürdige Unterbringung für die hier ankommenden Menschen zu schaffen, zuletzt mit dem Bau der Asylbewerberunterkunft in der Ludwigsburger Straße.

Die Betreuung der Asylbewerber durch Ehrenamtliche, vor allem dem AK Asyl, ist in Möglingen hervorragende, dafür möchten wir allen, die sich hier einbringen herzlich danken.

Das Aufgabenspektrum vor allem in der Anschlussunterbringung ist vielfältig, deshalb ist die Stelle unser Integrationsbeauftragter Herr Guardia-Gil unverzichtbar. Auch ihm danken wir für sein unermüdliches Engagement.

Wir dürfen aber auch die außenpolitischen Verhältnisse nicht außer Acht lassen.

Die derzeitige Lage ist alles andere als beruhigend. Trump der twitternde US-Präsident, überrascht fast täglich mit unerträglichen Posts. Auch das derzeitige Verhalten von Erdogan gibt Anlass zur Sorge, der geordnete Brexit ist nun beschlossen. All dies wirkt sich auf die momentan gute wirtschaftliche Lage im Export orientierten Deutschland und aus. Der Abgasskandal lässt grüßen.

Welche Herausforderungen im laufenden HH-Jahr auf uns zukommen ist nicht abzusehen.

Das Möglinger Rathaus ist in die Jahre gekommen, der bauliche Zustand extrem schlecht und energietechnisch eine Katastrophe. So wünschenswert die Neugestaltung der Möglinger Ortsmitte auch aus unserer Sicht ist, gibt es dafür mittelfristig kaum finanziellen Spielraum für weitere Planungen in diesem Bereich.

Der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2017 mit dem Stellenplan und dem mittelfristigen Investitionsprogramm stimmen wir in der vorliegenden Form zu, ebenso dem Wirtschaftsplan des Wasserwerkes.

Brigitte Muras

Möglingen, 23. März 2017

Es gilt das gesprochene Wort